

Mehr Golf wagen



Geopolitik. Protektionismus, Kriege, internationale Spannungen – die Welt sortiert sich derzeit ein Stück weit politisch und wirtschaftlich neu. Europa muss daher verstärkt auf verlässliche Partnerschaften setzen und neue Allianzen schmieden. Besonders interessant für die EU ist die Golfregion. Die Chancen für beide Seiten liegen dabei weniger im traditionellen Handel, sondern in einer langfristig angelegten strategischen Kooperation – wie Nicolas Reeves, für die Konrad-Adenauer-Stiftung im Regionalprogramm Golfstaaten tätig, im iwd-Interview erläutert. —> [Seiten 2-5](#)

Künstliche Intelligenz

Die EU ist in Sachen KI vor allem gegenüber den USA in einer teils schwierigen Wettbewerbsposition. Zum Beispiel gibt es in Amerika deutlich mehr KI-Start-ups.

—> [Seiten 8-9](#)

Mediennutzung

Der hohe Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen kann ihren Bildungserfolg beeinträchtigen. Daher gilt es, die Medienkompetenz der jungen Generation zu stärken.

—> [Seiten 12-13](#)

Strategisch handeln

Geopolitik. Die EU muss sich angesichts eines fortschreitenden Protektionismus im Welt-handel und diverser geopolitischer Spannungen nach zusätzlichen Partnern umsehen. Mit den Golfstaaten sollte Brüssel nicht nur auf ein Freihandelsabkommen hinarbeiten, sondern auch die strategischen Vorteile einer engeren Zusammenarbeit in den Blick nehmen.

Der 28. Februar 2026 war in verschiedener Hinsicht eine Zäsur. Der Angriff der USA und Israels auf den Iran hat sowohl wirtschaftlich als auch politisch weitreichende Konsequenzen. Der Seeweg durch die Straße von Hormus ist seither mehr oder weniger unpassierbar. Das wirkt sich massiv auf die Weltmarktpreise für fossile Energien sowie auf die Versorgung der Welt mit Düngemitteln aus.

Da der Iran in der Folge des Angriffs bilateral die Staaten der Golfregion mit Raketen beschossen hat, ist deren Image als sichere Urlaubsregion, Investitions-

standort und logistisches Drehkreuz beschädigt. Außerdem sind die Golfstaaten mit dem Vorgehen ihres Partners aus Amerika sicherlich nicht komplett einverstanden.

Für Deutschland und die EU bleibt in diesem Konflikt nur die Zuschauerrolle. Mit dessen Folgen – hohen Energiepreisen, Verknappung von Öl, Gas und Kerosin – müssen sie dennoch fertig werden. Die Auswirkungen des Iran-Kriegs sind dabei die jüngsten einer ganzen Reihe von geopolitischen Verwerfungen, mit denen die Staatengemeinschaft aktuell zu kämpfen hat.

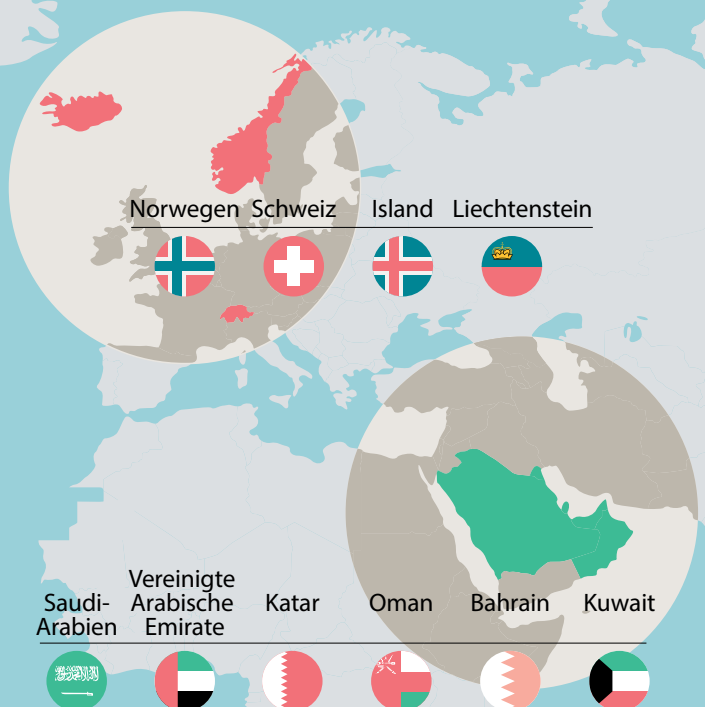
Freihandel mit Golfstaaten: Kleine Staatengemeinschaft macht's vor

Die EFTA-Staaten Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein haben seit 1. Juli 2014 ein Freihandelsabkommen mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC), bestehend aus Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Oman, Bahrain und Kuwait. Die EU verfügt noch nicht über ein solches Abkommen mit dem GCC.

Waren im Wert von so vielen Milliarden Dollar handelte der GCC mit diesen Ländergruppen jahresdurchschnittlich, in Preisen von 2017

	2004 bis 2013	2015 bis 2024
	▶ Importe ◀	
EFTA	8	11
EU	98	93
	◀ Exporte ▶	
EFTA	5	11
EU	60	53

Quellen: UN-Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd



Mit den Mercosurländern, mit Indien und mit Australien hat die EU kürzlich Freihandelsabkommen geschlossen und sich so handelspolitisch bereits strategisch neu aufgestellt, um resilienter zu werden. Nun sollte sie ihr Augenmerk auch auf die Golfstaaten lenken. Dass sich ein solches Abkommen rentieren kann, zeigt ein Blick auf die EFTA-Staaten Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein, die bereits seit 2014 entsprechende Verträge mit dem Golf-Kooperationsrat (GCC), bestehend aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, Oman, Bahrain und Kuwait, haben (Grafik Seite 2):

Die Exporte der EFTA-Staaten in die Golfregion stiegen nach Inkrafttreten ihres Freihandelsabkommens um jahresdurchschnittlich 3 Milliarden Dollar – ein Plus von 34 Prozent.

Im Vergleichszeitraum sanken die EU-Exporte von 98 Milliarden Dollar auf 93 Milliarden Dollar im Jahreschnitt. Auf der Importseite ist die Diskrepanz sogar noch größer.

Das Abkommen der EFTA-Länder mit den Golfstaaten kann für die EU als Referenzrahmen dienen. Allerdings ist zum einen zu beachten, dass die EFTA-Staaten mit Norwegen einen eigenen starken Akteur im Energiesektor in ihren Reihen haben und daher andere Waren im Fokus dieser Handelsbeziehungen stehen. Zum anderen sind die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem GCC zu einem guten Teil bereits liberalisiert, sodass der Effekt eines zollfreien Warenverkehrs nicht so stark ausfallen könnte wie für die EFTA-Staaten.

Für die EU sind die Vorteile eines reinen Handelsabkommens daher begrenzt. Vielmehr muss es eine enge strategische Partnerschaft sein, die sich für die EU aus mehreren Gründen lohnen kann:

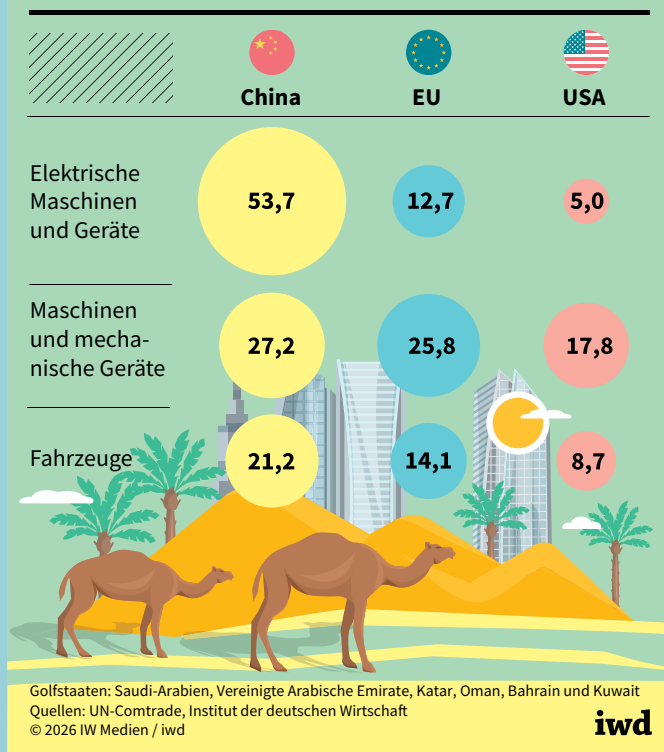
Erneuerbare Energien. Die Golfstaaten investieren verstärkt in regenerative Energien, um ihren eigenen Bedarf damit zu decken und gleichzeitig ihr Wirtschaftsmodell zu diversifizieren. Gerade hinsichtlich des grünen Wasserstoffs, den die Golfstaaten in großen Mengen herstellen wollen, könnte sich für Europa eine Kooperation auszahlen.

Geopolitik. Sowohl der GCC als auch die EU brauchen stabile Partnerschaften für ihr Wirtschaftsmodell. Außerdem könnten beide gemeinsam auf der internationalen Ebene übereinstimmende politische Interessen wie offene Märkte und die regelbasierte Ordnung mit mehr Nachdruck durchsetzen.

Für die Golfstaaten hätte eine engere Bindung an die EU noch einen weiteren Vorteil: Sie könnten ihren industriellen Sektor import- wie exportseitig stärker diversifizieren. Momentan dominiert China diesen Markt (Grafik):

Golfstaaten: Die wichtigsten industriellen Handelspartner

So viel Prozent der Importwerte der Golfstaaten in diesen Produktgruppen stammten im Jahr 2024 aus diesen Ländern und Regionen



Mehr als die Hälfte des Werts der elektrischen Maschinen und Geräte, die die Golfstaaten 2024 importierten, entfiel auf chinesische Produkte.

Auch für Importe von Maschinen und mechanischen Geräten sowie Fahrzeugen führt für die Golfstaaten bisher kein Weg am Reich der Mitte vorbei. Das Problem: China betreibt durch umfangreiche staatliche Subventionen und die Unterbewertung seiner Währung Yuan Marktverzerrung. Ein fairer und berechenbarer Wettbewerb im internationalen Handel ist so nicht möglich.

Auf diesen setzen allerdings die Golfstaaten, schließlich ist die Globalisierung entscheidend für die Umsetzung ihres Strategiewechsels. Das gilt insbesondere für Saudi-Arabien, das aufgrund seiner wachsenden Rolle innerhalb der G20-Staaten und des Umbaus seiner Wirtschaft auf verlässliche Partner auf Augenhöhe angewiesen ist. Die EU könnte genau diesen Rahmen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene bieten.

IW-Report

Simon Gerards Iglesias, Nicolas Reeves:
 Handel und Kooperation zwischen der EU und den Golfstaaten

Interview. Der Iran-Krieg, die ökologische Transformation und eine Weltpolitik, die von vielen Unsicherheiten geprägt ist – die Golfstaaten sind derzeit politisch wie wirtschaftlich stark gefordert. **Nicolas Reeves** begleitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalprogramm Golfstaaten der Konrad-Adenauer-Stiftung die Entwicklung in der Region aus dem Auslandsbüro in Jordanien. Im iwd-Interview gibt er Einblicke in Pläne und Ziele der Golfstaaten.



„Die Golfstaaten sind ein guter Partner für Deutschland und Europa“

Herr Reeves, wie sicher fühlen Sie sich derzeit?

Ich lebe in Amman und es gab hier seit Beginn des Iran-Kriegs bis zur ersten Waffenruhe jeden Tag Luftalarm, weil wir in der Schusslinie zwischen dem Iran und Israel liegen. Trotz der regionalen Spannungslage fühle ich mich hier in Jordanien sicher.

Der Iran-Krieg hat die Golfstaaten in einigen ihrer Grundfesten erschüttert. Wie nehmen Sie die politische Stimmung in der Region aktuell wahr?

Es hat sich durch die Eskalation schon vieles geändert. Die Fronten gegenüber dem Iran haben sich seitens der Golfstaaten verhärtet. Die direkten Angriffe mit Raketen und Drohnen haben das Bild der Golf-

staaten als Oase der Stabilität im Nahen Osten beschädigt. Das alles führt momentan zu einem strategischen Umdenken – je nach Golfstaat ist dies aber unterschiedlich ausgeprägt.

Wie hat sich der Blick auf die USA durch deren Angriff auf den Iran verändert?

Die Golfstaaten haben im Vorfeld viel unternommen, um diesen Krieg zu verhindern. Der Ausbruch des Krieges war dementsprechend ein großer Schock. Es stellt sich für die Golfstaaten aktuell die Frage, inwieweit die USA noch ein Garant für ihre Sicherheit sind. Damit befinden sie sich in einer ähnlichen Situation wie Europa.

Die Chance für Europa besteht im Moment darin, dass es in einer Welt

voller geopolitischer Spannungen weiterhin das Modell der verlässlichen Partnerschaft anbieten kann. Die Vereinigten Staaten fechten dieses System unter Präsident Trump mit ihrer willkürlichen Zollpolitik an. Die EU setzt aber weiterhin auf Allianzen und regelbasierte Zusammenarbeit, auch was die Wirtschaftsbeziehungen angeht. Das macht sie für die Staaten der Golfregion sehr interessant.

Welche Potenziale sehen Sie konkret?

Der Golfkooperationsrat GCC hat seit 2022 eine strategische Partnerschaft mit der EU. Und ich sehe die Möglichkeit, diese weiter zu vertiefen. Beide Staatengemeinschaften benötigen ein stabiles Umfeld und eine stabile Nachbarschaft, um ihre

jeweiligen wirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Die Golfstaaten haben außerdem nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aus Sicht Deutschlands und Europas an Bedeutung gewonnen. Der Gedanke war, russisches Öl und Gas durch Öl und Gas aus dem Golf zumindest teilweise zu ersetzen. Leider hat man letztlich durch die Blockade der Straße von Hormus einen unzuverlässigen Lieferanten gegen einen anderen ausgetauscht, auch wenn die Gründe völlig unterschiedlich sind.

Wie blicken die Regierungen und die Menschen in der Golfregion auf die Europäer?

Momentan überwiegt, so ehrlich muss man sein, die Enttäuschung. Mit dem Start der Partnerschaft 2022 waren große Erwartungen verknüpft, weil man das große Potenzial dieser Beziehungen gesehen hat. Dem Verhältnis zu Brüssel mangelt es allerdings weiterhin an einer greifbaren Grundlage. Beispielsweise bleiben die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen nach wie vor festgefahren, so wie schon seit 36 Jahren.

Warum kann trotz dieser Gefühlslage aus Ihrer Sicht mehr aus dieser Partnerschaft werden?

Das größte Potenzial der Partnerschaft zwischen der EU und den Golfstaaten liegt nicht in traditionellen Handelsbeziehungen, sondern in einer zukunftsorientierten Partnerschaft. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Die Golfstaaten setzen stark auf erneuerbare Energien. Grüner Wasserstoff wird künftig in großen Produktionsstätten im Nordwesten Saudi-Arabiens und im Süden des Omans hergestellt. Von dort können Schiffe nach Europa fahren, ohne dass sie durch maritime Nadelöhre wie die Straße von Hormus oder den Bab al-Mandab müssen.

Das klingt aber noch sehr nach Zukunftsmusik.

Das ist richtig. Wir müssen aber jetzt die Grundlagen dafür schaffen. Die EU will grünen Wasserstoff fördern und nutzen, die Golfstaaten wollen in diese Energiequelle investieren. Die Voraussetzungen für eine vertiefte Zusammenarbeit in diesem Sektor sind also schon mal vorhanden.

Außerdem arbeiten die Golfstaaten daran, sich und andere Regionen des Nahen Ostens auf dem Landweg besser zu vernetzen, um so die Wasserstraßen zu umgehen und generell Liefersicherheit zu gewährleisten. In Saudi-Arabien ist zuletzt eine Bahnstrecke vom Hafen Dammam im Osten des Landes bis an die jordanische Grenze fertiggestellt worden. Es gibt auch Pläne, eine Bahnstrecke von Mekka über Medina durch Jordanien und Syrien bis nach Istanbul zu bauen.

Ein großes Thema sind immer wieder Menschen- und Arbeitsrechte. Wie stehen die Chancen, dass sich in den Golfstaaten diesbezüglich etwas verbessert, damit eine engere Bindung mit der EU möglich ist?

Dieses Thema spielt natürlich zu Recht eine Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung in Europa. Die Golfstaaten haben in den vergangenen Jahren viele Fortschritte in Sachen Menschen- und Arbeitsrechte gemacht. Dieser Prozess ist auch eine Folge der Fußball-WM 2022 in Katar.

Gleichwohl sollten sich Deutschland und die Europäische Union in der heutigen geopolitischen Gemengelage auf strategische und praktische Partnerschaften konzentrieren. Die Golfstaaten und die EU haben sicher nicht die gleichen politischen Systeme oder die gleiche Ausrichtung, aber sie haben vergleichbare Interessen.

Was glauben Sie, wie es mit dem Iran weitergeht?

Das ist eine schwierige Frage. Momentan befinden wir uns in einer festgefahrenen Situation. US-Präsident Trump hat sich in eine Lage versetzt, in der einerseits jegliche weitere Eskalation mit hohen Kosten verbunden ist und andererseits ein Abkommen, das so wirkt, als hätten die USA den Krieg verloren, keine Option ist. Der Iran wiederum hat gelernt, dass die Schließung der Straße von Hormus fast ein höheres Abschreckungspotenzial hat als sein Atomprogramm.

Wie verhalten sich die Golfstaaten in dieser Situation?

Die Staaten sind im Nahen Osten sehr einflussreich, haben aber unterschiedliche Ideen, wie sie diesen Einfluss nutzen wollen. Saudi-Arabien setzte zuletzt auf regionale Diplomatie und wirkte durch seine starken Kanäle nach Pakistan auf die Gespräche über eine Waffenruhe ein, auch wenn es nicht am Verhandlungstisch in Islamabad saß. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind dagegen am ehesten bereit, sich militärisch für die Öffnung der Straße von Hormus und die Wiederherstellung der Abschreckung gegenüber dem Iran einzusetzen.

Die anderen Golfstaaten finden sich irgendwo zwischen diesen beiden Polen wieder – mit der Ausnahme des Omans. Dieser langjährige Vermittler zwischen Washington und Teheran verstand die Kampfhandlungen von Anfang an als einseitigen Verrat an vielversprechenden Verhandlungen, die bis kurz vor Kriegsbeginn in Genf liefen. Dementsprechend betrachtet Maskat die iranische Aggression gegen die Golfstaaten als vorhersehbare Gegenreaktion auf einen unnötigen amerikanisch-israelischen Angriff und bemüht sich, weiterhin normale Beziehungen zu Teheran zu pflegen.

Zwei Pässe, ein Paar

Integration. Rund jeder zehnte Zuwanderer lebt mit einem Partner zusammen, der in Deutschland geboren wurde und keine Einwanderungsgeschichte hat. Wie wahrscheinlich diese Paarkonstellation ist, hängt auch vom Herkunftsland, dem Einwanderungsmotiv und vom Bildungsstand ab.

Wenn Mohammed mit Larissa zusammenzieht, ist es für die beiden die große Liebe. Für Migrationsforscher hingegen ist es eine für die Integration wichtige Verknüpfung der sozialen Netzwerke von Zuwanderern und im Inland geborenen Personen ohne Migrationshintergrund. In einem Land, in dem 26 Prozent der Bevölkerung entweder selbst zugewandert sind oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind, ist das sehr wichtig.

Doch wie viele solcher Partnerschaften gibt es in Deutschland überhaupt? Dieser Frage ist das IW nachgegangen und hat mittels einer Auswertung von Daten des Mikrozensus herausgefunden:

Im Jahr 2022 lebten rund 11 Prozent der zugewanderten Personen zwischen 25 und 64 Jahren mit einer in Deutschland geborenen Person ohne Einwanderungsgeschichte zusammen.

Betrachtet man nur solche Zuwanderer, die zwischen 2002 und 2016 in die Bundesrepublik kamen, traf dies auf rund 9 Prozent zu (Grafik).

Dabei ziehen zugewanderte Frauen mit knapp 13 Prozent mehr als doppelt so häufig mit einem Partner ohne Einwanderungsgeschichte zusammen wie zugewanderte Männer. Auch der Bildungsgrad spielt eine Rolle: Zuwanderer mit Studienabschluss sind wesentlich häufiger mit Deutschen liiert als jene, die eine Berufsausbildung absolviert haben, oder Niedrigqualifizierte. Die Herkunftsregionen sowie die Zuwanderungsmotive können binationale Partnerschaften ebenfalls begünstigen. So lebten im Jahr 2022 rund 28 Prozent derjenigen, die zwischen 2002 und 2016 wegen einer Ausbildung nach Deutschland gekommen sind, mit einem Partner ohne Einwanderungsgeschichte zusammen, aber nur knapp 3 Prozent der Geflüchteten.

Darüber hinaus zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Partnerwahl und der Erwerbsbeteiligung. Zuwanderer, die mit einem in Deutschland geborenen Partner ohne Migrationshintergrund zusammenleben, sind häufiger erwerbstätig als Zuwanderer, die einen Partner aus demselben Herkunftsland haben. Für zwischen 2002 und 2016 zugewanderte Männer betragen die Beschäftigungsanteile im ersten Fall 91 Prozent und im zweiten Fall 80 Prozent, für zugewanderte Frauen 75 Prozent beziehungsweise 54 Prozent.

Binationale Partnerschaften in Deutschland



So viel Prozent der zwischen 2002 und 2016 zugewanderten Personen zwischen 25 und 64 Jahren lebten 2022 in einer Partnerschaft mit einer in Deutschland geborenen Person ohne Einwanderungsgeschichte



Geschlecht

Männer

6,2

Frauen

12,7



Herkunftsregionen

Amerika oder Ozeanien

35,1

Afrika

11,4

Westeuropa

21,7

Neue EU-Mitgliedsländer

6,9

Asien

14,2

Asylherkunftsland

1,7



Bildungsstatus

Akademiker

17,4

Beruflich qualifiziert

10,2

Ohne berufsqualifizierenden Abschluss

4,9



Insgesamt

9,2

Quellen: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Aus IW-Trends 1/2026

Wido Geis-Thöne: Partnerschaften zwischen zugewanderten und im Inland geborenen Personen

Gemeinsam mehr erfinden

Hochschulen. Verglichen mit Unternehmen und anderen Institutionen melden Hochschulen deutlich häufiger Patente in Kooperation mit anderen Forschungspartnern an. Im Bundesländervergleich waren die Hochschulen in Sachsen zuletzt am patentaktivsten.

164 – so viele deutsche Universitäten und Fachhochschulen waren im Zeitraum zwischen 2018 und 2022 (neuere Daten sind wegen der langen Offenlegungsfristen nicht verfügbar) an mindestens einer Patentanmeldung beteiligt. Das Wort „beteiligt“ ist hier nicht zufällig gewählt. Denn analysiert man die Gesamtzahl der in diesem Zeitraum registrierten Patente mit mindestens einem Anmelder mit Sitz in Deutschland, zeigt sich:

Gut 29 Prozent aller zwischen 2018 und 2022 angemeldeten Patente, die mindestens eine Hochschule als Anmelder nennen, entstanden in Kooperation mehrerer Partner.

Von allen Patenten ohne Hochschulbeteiligung wurden dagegen nur 5 Prozent von mehreren Anmeldern eingereicht.

Am stärksten auf Zusammenarbeit setzten zuletzt die patentaktiven Hochschulen in einem der kleinsten Bundesländer (Grafik):

Knapp 47 Prozent der von saarländischen Hochschulen zwischen 2018 und 2022 angemeldeten Patente wurden zusammen mit mindestens einem Kooperationspartner eingereicht.

Auch in Bayern und Rheinland-Pfalz lag die Kooperationsquote über 40 Prozent.

Generell am innovationsstärksten waren im untersuchten Zeitraum die Unis und Fachhochschulen in Sachsen und Thüringen – bezogen auf je 1.000 ihrer Studenten kamen die patentaktiven Hochschulen dort auf 5,4 beziehungsweise 4,7 Patentanmeldungen. Beim deutschlandweiten Schlusslicht Berlin waren es nur 1,1 Anmeldungen.

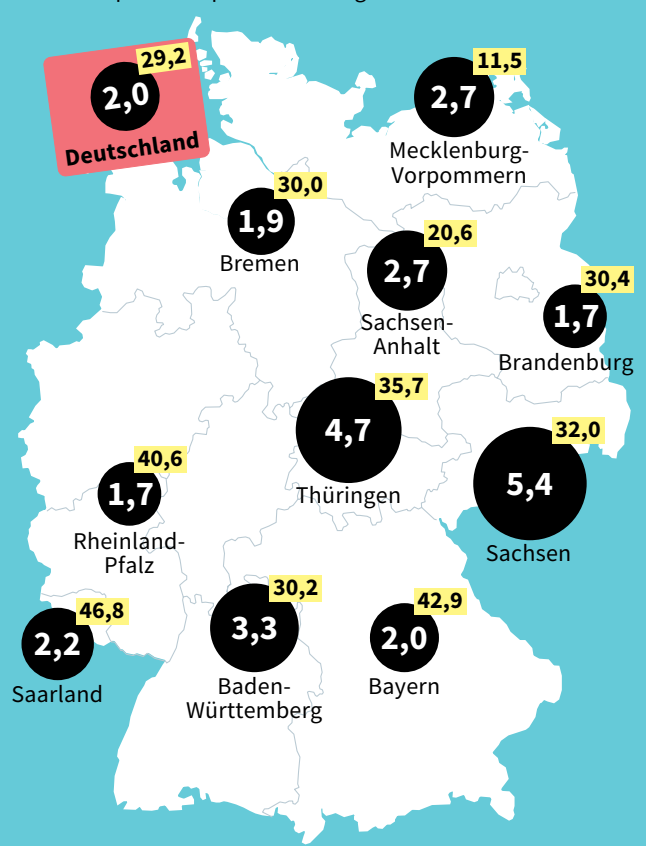
Ein näherer Blick auf die Hochschulpatente unterstreicht ihre Rolle als wichtiges Bindeglied zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Denn an mehr als 53 Prozent aller von 2018 bis 2022 unter Hochschulbeteiligung angemeldeten Patente war mindestens ein Unternehmen beteiligt. Dabei dominieren große deutsche Firmen, die in gut 37 Prozent aller Kooperationsanmeldungen als Partner genannt werden.

Hochschulen: Patente mit Partnern

So viele Patente je 1.000 Studenten haben die patentaktiven Hochschulen mit Sitz in diesen Bundesländern von 2018 bis 2022 angemeldet



■ An so viel Prozent der Patentanmeldungen war mindestens ein Kooperationspartner beteiligt



Bundesländer mit der höchsten Zahl der Patentanmeldungen je 1.000 Studenten Hochschulen: inklusive angegliederter Einrichtungen wie z. B. Unikliniken Studenten: im Wintersemester 2022/2023

Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 31/2026

Philipp Grätz, Enno Kohlisch, Oliver Koppel: Kooperationen prägen das Innovationsgeschehen deutscher Hochschulen

Die KI-Baustellen der EU

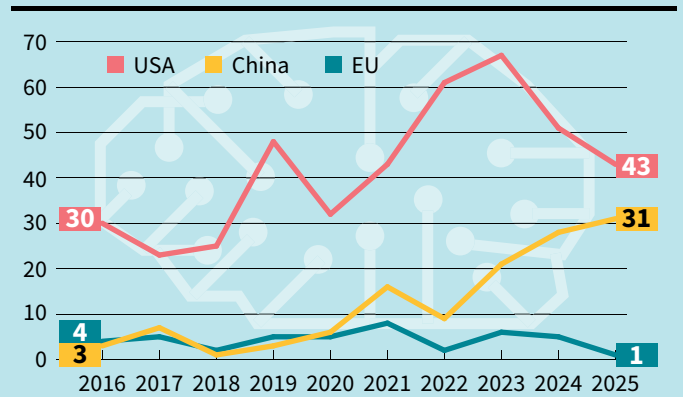
Künstliche Intelligenz. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den großen Konkurrenten USA und China zu steigern, setzt die EU vor allem auf ein höheres Innovationstempo. Ein zentraler Treiber dabei ist künstliche Intelligenz (KI), die die Produktivität von Unternehmen steigern, ihre Kosten senken und die Entwicklung neuer Waren und Dienstleistungen fördern kann. Ob KI diese Wirkung entfaltet, hängt von den Rahmenbedingungen ab. Die nachfolgende Grafikstrecke zeigt, wo Europa bei den wichtigsten Faktoren für die KI-Wettbewerbsfähigkeit steht.

Gutachten

Jan Büchel: AI competitiveness – How the EU compares to the US and China, im Rahmen des Projekts AI@Work für das European Employers' Institute

KI-Modelle

Zahl der neu entwickelten, relevanten KI-Modelle von Unternehmen mit Hauptsitz in diesen Ländern beziehungsweise Regionen



KI-Modelle: Aus einem Modell können zahlreiche KI-Tools entwickelt werden
 Relevante KI-Modelle: z. B. mehr als eine Million aktive Nutzer pro Monat
 Quelle: Epoch AI
 © 2026 IW Medien / iwd

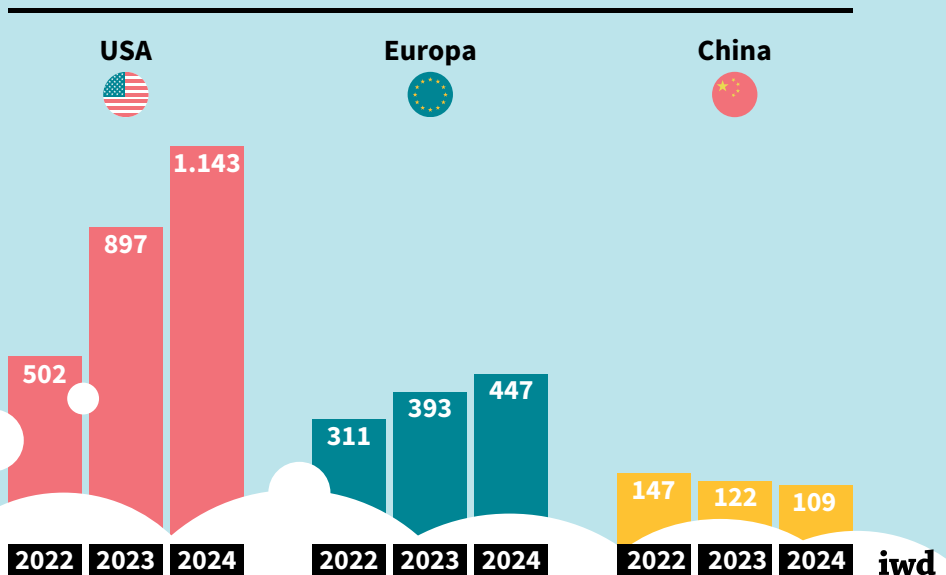


Forschung und Entwicklung. Unternehmen mit Sitz in der EU haben in den vergangenen Jahren deutlich weniger KI-Tools auf den Markt gebracht als ihre Konkurrenten in den USA und China. Zudem brauchen europäische Firmen im Schnitt mehr als doppelt so lange wie ihre globalen Wettbewerber, um neue KI-Technologien, die außerhalb des eigenen Wirtschaftsraums entwickelt wurden, für eigene Innovationen zu nutzen.



Start-ups

Zahl der neu gegründeten KI-Unternehmen

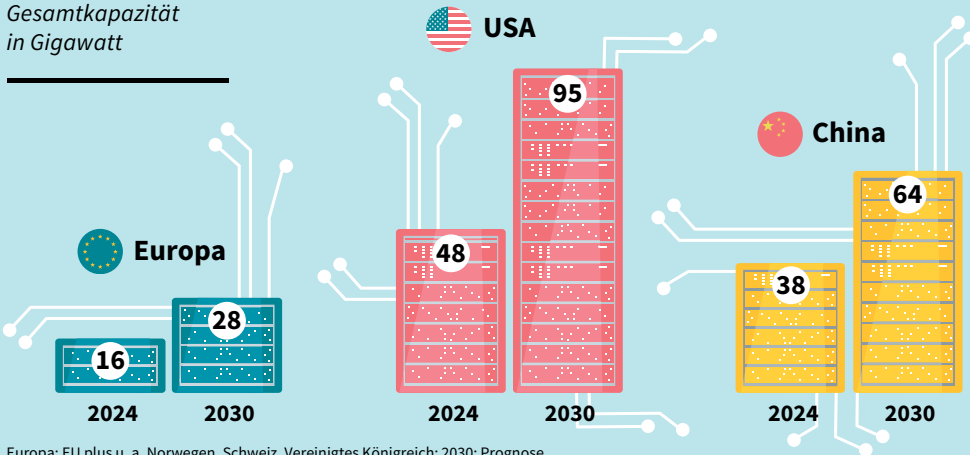


Quelle: Maslej et al. (2025)
 © 2026 IW Medien / iwd

Unternehmen. Während der Anteil der Firmen, die KI-Tools einsetzen, in Europa mit zuletzt etwa 80 Prozent ähnlich hoch war wie in China und den USA, liegen Letztere mit Blick auf die Zahl der Start-ups im Bereich KI klar vorn. Mit 109 Milliarden Dollar investierte die private Wirtschaft in den Vereinigten Staaten 2024 auch weitaus das meiste Geld in KI – Europa kam zuletzt auf gut 19 Milliarden Dollar, China auf 9 Milliarden Dollar.

Rechenzentren

Gesamtkapazität in Gigawatt



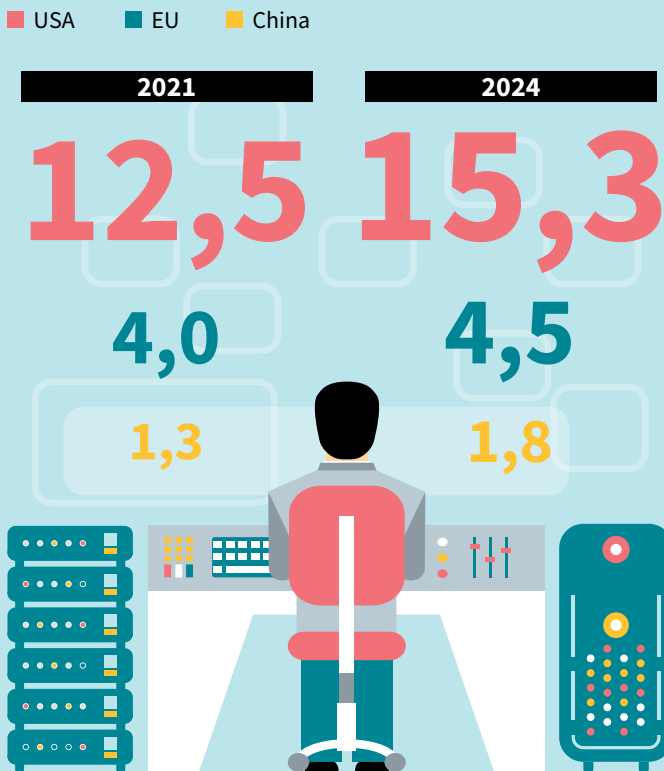
Europa: EU plus u. a. Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich; 2030: Prognose
Quelle: Bitkom
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Infrastruktur. Europa hängt hier in mehrfacher Hinsicht hinter seinen großen Wettbewerbern zurück – die gesamte Kapazität der Rechenzentren betrug zuletzt nur ein Drittel des US-Werts. Aber auch die Zahl der Regionen, die über besonders leistungsstarke öffentliche Cloud-Netzwerke verfügen, ist in den USA und China deutlich größer als in der EU. Zudem wächst der Datenmarkt, der maßgeblich für die Verfügbarkeit von KI-Trainingsdaten ist, in der EU relativ langsam.

Datenexperten

So viel Prozent aller Beschäftigten waren Datenexperten



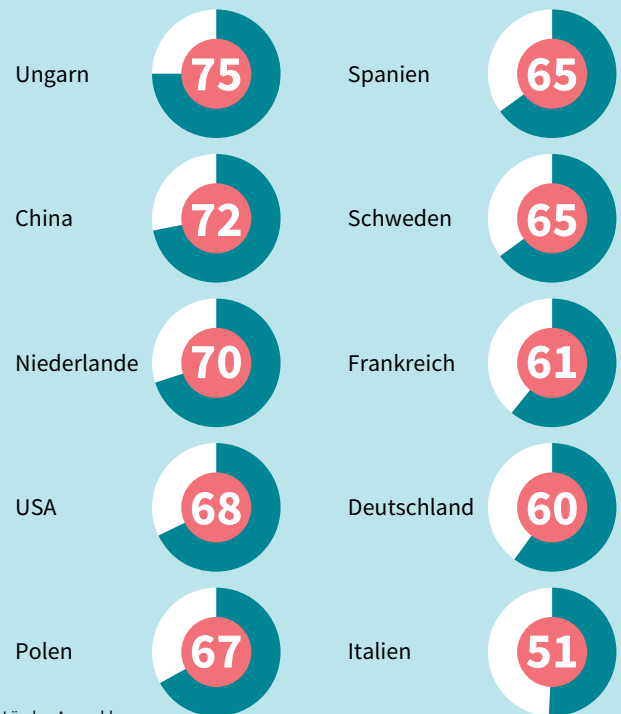
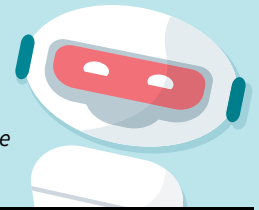
Datenexperten: Beschäftigte, zu deren Haupttätigkeiten z. B. gehört, Daten zu sammeln, zu speichern, zu managen, zu analysieren oder zu visualisieren
Quelle: EU-Kommission
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Wissen. Die Voraussetzungen für künftige KI-Expertise sind in der EU insofern gut, als Computerwissenschaften in vielen Mitgliedsstaaten im Schulunterricht verpflichtend sind – in den USA werden diese Kenntnisse nur in einigen Schulen und Bundesstaaten vermittelt. Auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich dies allerdings nicht nieder – jedenfalls ist der Anteil der Datenexperten an allen Beschäftigten jenseits des Atlantiks mit 15 Prozent mehr als dreimal so hoch wie in Europa.

KI-Kompetenz

So viel Prozent der Einwohner stimmten im Jahr 2024 der Aussage zu „Ich habe eine klare Vorstellung davon, was künstliche Intelligenz ist“



EU-Länder: Auswahl
Quelle: Masley et al. (2025)
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Gesellschaft. Das Wissen über KI ist innerhalb der EU unterschiedlich ausgeprägt. Der Anteil derer, die sich selbst für KI-kompetent halten, ist jedoch außer in Ungarn und den Niederlanden überall geringer als in den USA und China. Die Chinesen sind zudem die größten KI-Optimisten: Mehr als 80 Prozent sind überzeugt, dass der Nutzen von KI die Nachteile überwiegt – in den USA sagen dies nur 39 Prozent der Befragten, in den EU-Staaten zwischen 36 und 53 Prozent.

Begeisterung fördern

Ingenieurinnen. In den vergangenen Jahren ist der Beschäftigtenanteil von Frauen in den meisten Ingenieurberufen gestiegen. Ein gutes Zeichen für die Zukunft ist, dass auch die Zahl der Frauen wächst, die ein Studium der Ingenieurwissenschaften absolvieren. Um noch mehr Mädchen und junge Frauen für eine Karriere in dieser Fachrichtung zu begeistern, muss die Politik handeln.

Das Ziel, den Wohlstand hierzulande zu sichern und zu steigern, lässt sich nur erreichen, wenn die deutsche Wirtschaft im internationalen Innovationswettbewerb stark ist.

Zwar sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung seit der Jahrtausendwende von unter 2,5 Prozent auf mehr als 3 Prozent

gestiegen. Doch das reicht nicht, um mit Ländern wie den USA, Südkorea oder China mithalten zu können.

Das Problem: Unternehmen in Deutschland haben mit einer Reihe von Innovationshemmnissen zu kämpfen. Neben hohen Steuern und Abgaben sowie einer überbordenden Bürokratie zählt dazu auch der Fachkräftemangel. Dieser wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung noch verschärfen.

Umso wichtiger ist es, das potenzielle Arbeitskräfteangebot bestmöglich auszuschöpfen. Das heißt vor allem, mehr Frauen für jene Berufe zu gewinnen, die für die Innovationskraft Deutschlands bedeutsam sind, und dazu zählen zuvorderst die Ingenieurberufe. Immerhin zeigen die Zahlen für die vergangenen Jahre, dass die Richtung stimmt:

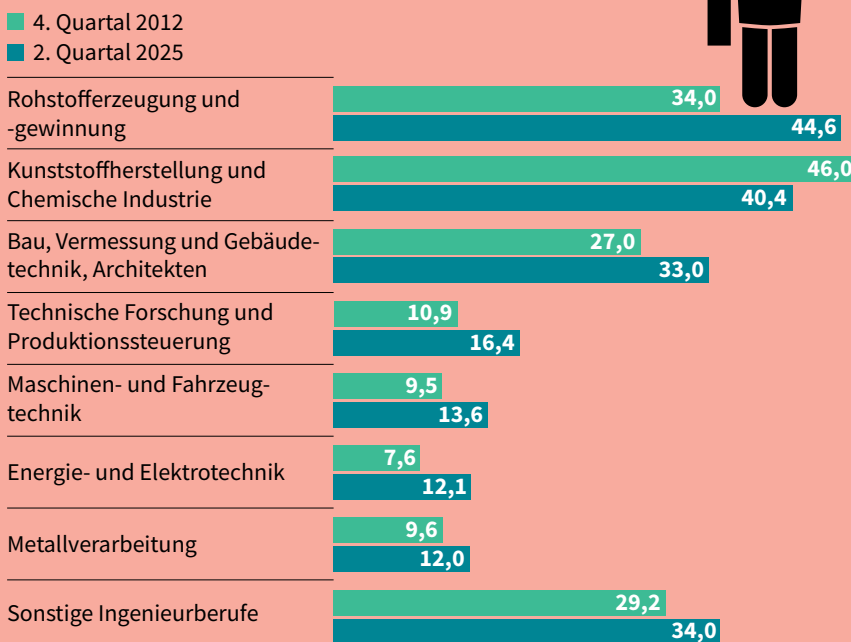
Von Ende 2012 bis Juni 2025 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Ingenieurberufen fast verdoppelt – auf 217.400.

Ihr Anteil an allen Beschäftigten in diesen Berufen stieg damit von rund 15 auf gut 20 Prozent.

Nun sind Ingenieurinnen und Ingenieure in ganz unterschiedlichen

Ingenieurberufe: Frauen sind unterschiedlich stark vertreten

So viel Prozent der Beschäftigten in diesen Ingenieurberufsgruppen in Deutschland waren Frauen



Ingenieurwissenschaften: Mehr Frauen auf allen Ebenen

So viel Prozent aller ... in den Ingenieurwissenschaften an deutschen Hochschulen waren beziehungsweise entfielen auf Frauen



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Berufsgruppen tätig – entsprechend variieren auch die Frauenanteile stark (Grafik Seite 10):

In den Ingenieurberufen der Rohstoffherzeugung und -gewinnung erreichte der Frauenanteil 2025 fast 45 Prozent – auf dem Gebiet der Energie- und Elektrotechnik sowie der Metallverarbeitung lag er dagegen lediglich bei 12 Prozent.

Der Trend zu mehr Ingenieurinnen war allerdings in fast allen Berufsgruppen zu beobachten – nur in der Kunststoffherstellung und Chemie hat sich der Frauenanteil seit 2012 um knapp 6 Prozentpunkte verringert.

Die Frage stellt sich nun, ob der insgesamt erfreuliche Trend anhalten wird. Ein positives Signal ist, dass sich junge Frauen öfter als früher für ein Studium der Ingenieurwissenschaften entscheiden. Zwischen 2015 und 2023 ist die Zahl der Studentinnen dieser Fachrichtung von 166.000 auf mehr als 189.000 gestiegen. Anders gerechnet (Grafik):

Im Jahr 2023 waren gut 25 Prozent aller Studenten in den Ingenieurwissenschaften an deutschen Hochschulen Frauen – acht Jahre

zuvor betrug der Anteil erst rund 22 Prozent.

Die Daten zeigen aber auch: Von einem Gleichstand zwischen Ingenieurinnen und Ingenieuren ist Deutschland sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im Wissenschaftsbetrieb noch weit entfernt.

Damit hier in Zukunft für die Frauen mehr geht, müssen schon in jungen Jahren die Weichen gestellt werden. Denn in Mathematik und den Naturwissenschaften erreichen Mädchen in der Schule teils geringere, teils höhere Kompetenzen als Jungen, sie trauen sich aber vielfach weniger zu. Hier sind Lehrkräfte und Eltern gefordert, stereotype Einstellungen und Erwartungen zu überwinden und die Neugier der Mädchen auf die mit den MINT-Fächern verbundenen beruflichen Chancen zu wecken.

In der Phase der Berufsorientierung könnte dabei beispielsweise helfen, dass junge Frauen sich oft für Themen wie den Klimaschutz interessieren und für die notwendige ökologische Transformation der Wirtschaft nicht zuletzt Know-how im Bereich der Ingenieurwissenschaften sowie der IT benötigt wird.

Gelänge es so, noch mehr Frauen von einer Karriere im Bereich der Ingenieurwissenschaften oder der Informatik zu überzeugen, wäre der wirtschaftliche Effekt beachtlich:

Mit geeigneten Aktivierungsmaßnahmen könnte die Zahl der in den Ingenieur- und Informatikberufen beschäftigten Frauen im Jahr 2035 um gut 56.000 höher sein, als sonst zu erwarten wäre. Der zusätzliche Wertschöpfungsbeitrag läge bei knapp 7 Milliarden Euro.

Ein Selbstläufer ist dies allerdings nicht. Die Politik sollte den Einstieg von Frauen in die Ingenieur- und Informatikberufe zusätzlich fördern, indem sie unter anderem die Berufsberatung stärker in den regulären Schulunterricht integriert. Ferner gilt es, Mentoring- und Netzwerkprogramme zu etablieren, in denen sich junge Frauen, die vor der Berufs- oder Studienwahl stehen, mit Ingenieurinnen aus der Praxis austauschen können.

Gutachten

Julia Betz, Wido Geis-Thöne, Axel Plünnecke: Ingenieurinnen in Deutschland – Potenziale, Herausforderungen und Entwicklungen, Gutachten für den Verein Deutscher Ingenieure (VDI)

Bildschirm statt Bildung

Mediennutzung. Digitale Medien prägen den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Das birgt viele Risiken, unter anderem kann sich der Medienkonsum negativ auf die Leistungen in der Schule auswirken. Deshalb ist es unabdingbar, die Medienkompetenz der jungen Bundesbürger zu stärken – zu Hause und in der Schule.

Elf Jahre – so alt sind Kinder in Deutschland im Schnitt, wenn sie ihr erstes Smartphone bekommen. Spätestens ein paar Jahre später gehört die Zeit vorm Bildschirm zur täglichen Routine: Im Jahr 2025 nutzten laut der Studie Jugend, Information, Medien (JIM) des

Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest 98 Prozent der 12- bis 19-Jährigen ihr Smartphone mehrmals pro Woche und öfter. Ob für Kommunikation, Gaming oder soziale Netzwerke – die Augen sind viele Stunden am Tag auf den kleinen Bildschirm gerichtet (Grafik Seite 13):

Im vergangenen Jahr betrug die durchschnittliche tägliche Bildschirmzeit 12- bis 19-Jähriger in Deutschland am Smartphone fast vier Stunden.

Auffällig dabei: Je älter die Kinder werden, desto mehr Zeit verbringen sie am Handy. Haupt- und Realschüler nutzen ihr Smartphone dabei etwas stärker als Gymnasiasten.

Aber auch bei jüngeren Kindern spielen digitale Medien im Alltag eine immer größere Rolle (Grafik):

Mehr als die Hälfte der 6- bis 13-Jährigen verbachten 2024 jeden oder fast jeden Tag Zeit am Handy.

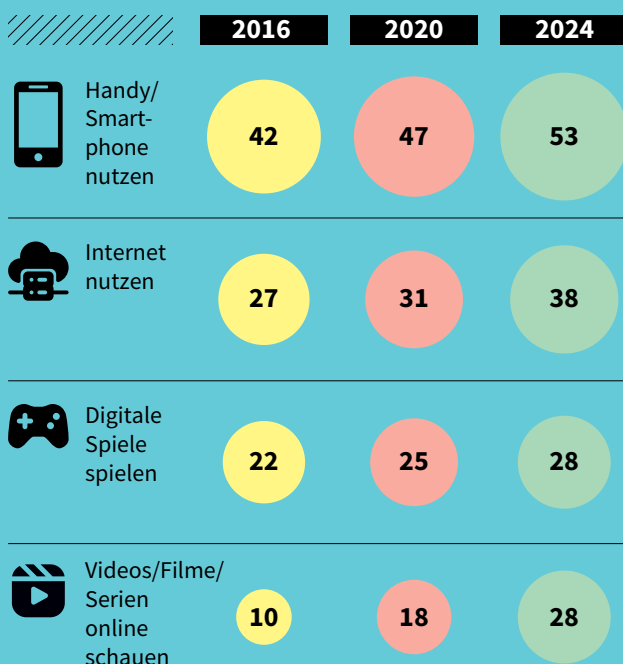
Acht Jahre zuvor waren es erst rund vier von zehn Kinder. 38 Prozent nutzten 2024 zumindest fast jeden Tag das Internet – 11 Prozentpunkte mehr als 2016.

Dass sich mehrere Stunden am Tag der jungen Generation vor einem Bildschirm abspielen, ist auf mehreren Ebenen problematisch. Zunächst ist da die Suchtgefahr. Das Deutsche Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) kam im Herbst 2024 zu dem Ergebnis, dass zwischen 2 und 5 Prozent aller 10- bis 17-Jährigen eine krankhafte Mediennutzung in einem der Bereiche Gaming, Social Media oder Video-streaming zeigen.

Das macht das DZSKJ nicht am Zeitaufwand fest, sondern an der Selbstregulation – zum Beispiel, wenn die Mediennutzung regelmäßig den selbst geplanten

Nutzung digitaler Medien nimmt zu

So viel Prozent der 6- bis 13-Jährigen in Deutschland verbrachten jeden oder fast jeden Tag Zeit mit diesen Aktivitäten



Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

oder mit den Eltern vereinbarten Zeitraum überschreitet oder digitale Spiele weiterhin gespielt werden, obwohl die schulische Leistung bereits darunter leidet. Dass viele Jugendliche es nicht schaffen, ihren Medienkonsum selbst zu begrenzen, zeigt auch die JIM-Studie: 2025 gaben rund zwei Drittel der 12- bis 19-Jährigen an, häufiger länger am Smartphone zu bleiben als geplant. Fast jeder dritte Jugendliche fühlt sich morgens oft müde, weil er nachts zu lange online war.

Dass die Leistungen in der Schule durch die Mediennutzung leiden, ist ein weiteres Problem. Eine IW-Analyse zeigt:

Mit steigender Nutzungsdauer digitaler Medien nehmen die durchschnittlich erzielten PISA-Kompetenzpunkte in den Bereichen Lesen und Mathematik von Schülern tendenziell ab.

Die Auswertung verdeutlicht zudem, dass die aufgebrauchte Zeit für digitale Medien bei Jugendlichen steigt, wenn sie zu Hause nicht Deutsch sprechen, weniger Bücher im Haushalt vorhanden sind oder die Eltern über einen niedrigen Bildungsabschluss verfügen. Es nutzt also gerade die junge Bevölkerungsgruppe digitale Medien intensiver, die es aufgrund ihres sozio-ökonomischen Hintergrunds sowieso schon schwerer im deutschen Bildungssystem hat (siehe iwd 3/2025).

Um die möglichen negativen Auswirkungen digitaler Medien zu begrenzen und die Kinder und Jugendlichen besser zu schützen, braucht es verschiedene Maßnahmen. Ein generelles Verbot sozialer Medien für bestimmte Altersgruppen, strengere Vorgaben für die Anbieter oder ein Handyverbot an Schulen, wie es einige Bundesländer schon praktizieren, reichen dafür nicht aus – schließlich führt all dies meist lediglich dazu, dass die Nutzer Wege finden, die Verbote zu umgehen. Zumal die Gefahren für Kinder im Internet – von Fake News über Cybermobbing bis hin zu Gewaltdarstellungen oder Pornografie – dadurch nicht verschwinden.

Ganz zentral ist deshalb, den Kindern systematisch Medienkompetenz beizubringen. Sie müssen lernen, ihren Konsum bewusst zu steuern, Inhalte kritisch zu hinterfragen und Risiken zu erkennen.

Geschieht das, lassen sich auch die vielen Chancen, die die Digitalisierung bei aller Kritik bietet, sinnvoll nutzen. In der Verantwortung sind hier sowohl die Lehrkräfte als auch die Eltern. Beide Seiten brauchen jedoch entsprechende Unterstützung.

Für Eltern ist dringend mehr Aufklärungsarbeit nötig, um sie für das Thema zu sensibilisieren. Damit sie sich mit den Gefahren einer uneingeschränkten Mediennutzung ihrer Kinder und mit den technischen Möglichkeiten, mit denen sie diese besser regulieren und kontrollie-



ren können, bestmöglich auskennen, sollten Schulen verstärkt Informationsabende anbieten und die Bundesregierung generell ihre Aufklärungskampagnen ausweiten.

Für das Lehrpersonal braucht es mehr verpflichtende Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich Digitalisierung und Medienkompetenz sowie geeignete Unterrichtskonzepte, mit denen sie den Schülern dies zeitgemäß vermitteln können. Zudem sollte die Medienerziehung eine größere Rolle in den Unterrichtsplänen der Bundesländer einnehmen.

Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke: Nutzung digitaler Medien von Kindern und Jugendlichen – Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und die Bildungsleistung

Im Namen der Bäume

Lieferketten. Auf die Unternehmen in der EU kommt eine neue Verordnung zu: die EUDR. Sie soll dafür sorgen, dass künftig nur noch Waren in Europa gehandelt, verarbeitet und verkauft werden dürfen, für die zuvor keine Wälder vernichtet oder geschädigt wurden.

Die Mehrheit der Unternehmen in Deutschland unterstützt die Zielsetzung, hält sie aber für schwer umsetzbar: die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (Kasten). Die European Union Deforestation Regulation (EUDR) verfolgt drei Ziele:

- Europäische Konsumgüter sollen nicht zur Entwaldung oder Waldschädigung beitragen.
- Die durch den Verbrauch in der Europäischen Union und die Produktion der betroffenen Rohstoffe verursachten CO₂-Emissionen sollen um jährlich mindestens 32 Millionen Tonnen sinken.
- Alle Formen von Entwaldung und Waldschädigung, die durch landwirtschaftliche Expansion entstehen, sollen bekämpft werden.

In der Praxis heißt das, dass mittlere und große Unternehmen in der EU, die mit Rohstoffen oder Produkten wie Soja, Ölpalme, Holz, Kakao, Kaffee, Rindfleisch oder Naturkautschuk handeln, sie anbieten oder verarbeiten, ab dem 30. Dezember 2026 beträchtlichen Aufwand betreiben müssen. Um ihre Lieferketten transparent und überprüfbar zu gestalten, sind sie verpflichtet, Herkunftsnachweise oder andere Dokumente, die die Rückverfolgbarkeit bis zur Anbaufläche sicherstellen, zu erfassen und weiterzugeben.

Hinzu kommen eine Risikobewertung für die betroffenen Rohstoffe und Waren, die eine Analyse der Entwaldungsrisiken beinhaltet, sowie weitere Dokumentationen und Berichtspflichten wie die Abgabe einer Sorgfaltserklärung. Nur wenn alle Voraussetzungen für jede Charge erfüllt sind, dürfen die betroffenen Güter auf dem europäischen Markt angeboten werden. Wer dagegen verstößt, muss mit Bußgeldern rechnen. All diese Pflichten gelten ab Mitte 2027 auch für Klein- und Kleinstunternehmen.

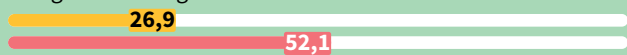
Da die Zeit drängt, hat sich eine Mehrheit der Unternehmen in Deutschland schon mit der EU-Entwaldungsverordnung befasst – dies gilt für 57 Prozent der Firmen mit bis zu 250 Mitarbeitern und für 85 Prozent der Firmen mit mehr Beschäftigten. Die Umsetzung, so zeigt eine IW-Befragung für die IHK Düsseldorf, ist für die betroffenen Betriebe mit substanziellen finanziellen und organisatorischen Aufwänden verbunden:

EU-Entwaldungsverordnung: Das erschwert die Umsetzung

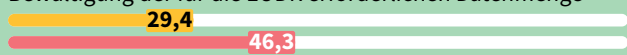
So viel Prozent der Unternehmen bewerten die potenziellen Hürden bei der Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung als ...

■ ... eher groß ■ ... groß

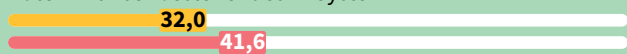
Mangelnde Verfügbarkeit der für die EUDR erforderlichen Daten



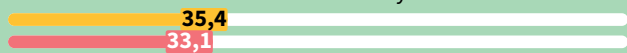
Bewältigung der für die EUDR erforderlichen Datenmenge



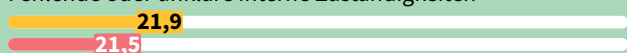
Integration der für die EUDR erforderlichen Daten in unser bestehendes IT-System



Technische Voraussetzungen zum Arbeiten mit der EU-Schnittstelle zum EU-Informationssystem



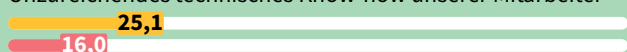
Fehlende oder unklare interne Zuständigkeiten



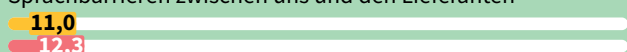
Datensicherheit und Datenschutz



Unzureichendes technisches Know-how unserer Mitarbeiter



Sprachbarrieren zwischen uns und den Lieferanten



Befragung von 219 Unternehmen in Deutschland zwischen Dezember 2025 und Januar 2026

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd



Die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) hat das Ziel, weltweit Entwaldung und Waldschädigungen zu reduzieren, indem sie die betroffenen Unternehmen – wie beispielsweise aus der

Papier- oder Lebensmittelindustrie – verpflichtet, ihre Lieferketten transparent und überprüfbar zu gestalten. Ziel ist, dass Produkte, für die keine Entwaldungsfreiheit nachgewiesen werden kann, nicht mehr auf dem EU-Markt verkauft werden dürfen. Die EUDR tritt für mittlere und große Unternehmen in der EU am 30. Dezember 2026 in Kraft, für Kleinst- und Kleinunternehmen gilt sie ab dem 30. Juni 2027.

Mehr als 80 Prozent der hiesigen Unternehmen rechnen damit, dass die Erfüllung der EUDR-Pflichten dem Arbeitspensum von bis zu zwei Vollzeitstellen entspricht.

Als besonders hoch schätzt der Handel, der häufig über eine große Produktpalette verfügt und besonders viele Lieferanten hat, die Aufwände ein.

Befragt nach der Umsetzbarkeit der EU-Verordnung, geben drei von vier Unternehmen an, dass sie sehr schwer oder eher schwer zu erfüllen sei. Die EUDR wird branchenübergreifend als hochkomplex, bürokratisch und in vielen Fällen als praktisch nicht umsetzbar wahrgenommen (Grafik Seite 14):

Knapp 80 Prozent der Betriebe halten die Verfügbarkeit der erforderlichen Daten – weil etwa internationale Lieferanten die EUDR nicht kennen – sowie die Datenbewältigung für die größten Hürden bei der Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung.

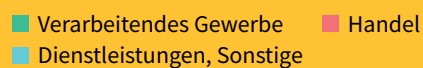
Viele Firmen wünschen sich deshalb mehr Unterstützung – wie Leitfäden mit Praxisbeispielen zur Risikobewertung, Informationen und Schulungen zum EU-Informationssystem oder Infoveranstaltungen zu den allgemeinen Verpflichtungen der EU-Entwaldungsverordnung. Zudem gibt es einen ausgeprägten Wunsch, die Verordnung selbst zu vereinfachen (Grafik):

Die größte Erleichterung aus Sicht der Betriebe wäre die Definition einer Liste von Ländern, für die keine EUDR-Nachweise erforderlich sind.

Solche Listen oder vergleichbare Ausnahmen wurden bereits im Rahmen des deutschen Lieferkettengesetzes diskutiert, sie sind jedoch nicht ohne Weiteres zu etablieren, da sie mit EU-Recht und den Regeln der Welthandelsorganisation kollidieren können.

EU-Entwaldungsverordnung: Das würde die Umsetzung erleichtern

So viel Prozent der Unternehmen würden folgende Anpassungen der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) in mittlerem oder hohem Maß begrüßen, weil sie dann besser von ihnen umgesetzt werden könnte



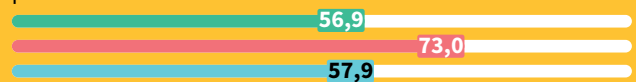
Definition einer Liste von Ländern, für die keine EUDR-Nachweise erforderlich sind



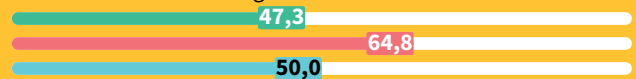
Die EUDR sollte erst ab dem Erreichen bestimmter Mengen an Rohstoffen oder Produkten greifen



(Vorübergehend) Alternativen zur Geolokalisierungspflicht anbieten



Technische Verbesserung der EU-Informationsschnittstelle



Befragung von 216 Unternehmen in Deutschland zwischen Dezember 2025 und Januar 2026
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd



Gutachten

Sarah Lichtenthäler, Galina Kolev-Schaefer, Thilo Schaefer: Entwaldungsfreie Lieferketten in der EU? Betroffenheit durch die EUDR und Umsetzungsstand in den Unternehmen



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

Euro Umsatz generierten Ticketverkäufe für Live-Musikveranstaltungen im Jahr 2025 schätzungsweise in Deutschland. Das waren rund 3 Prozent mehr als im Vorjahr und ein Drittel mehr als 2019, dem letzten Jahr vor dem zwischenzeitlichen Einbruch aufgrund der Coronapandemie. EU-weit spülten die Tickets für Konzerte, Festivals, Musicals und Musikshows im vergangenen Jahr geschätzt 7,8 Milliarden Euro in die Kassen, was ein Plus von rund 7 Prozent gegenüber 2024 bedeutet.

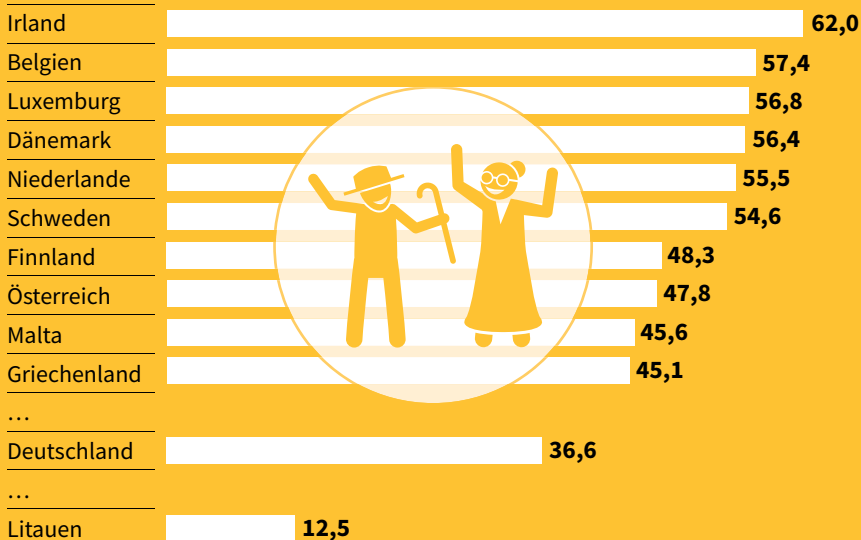
Auf Deutschland entfiel damit gut ein Viertel des EU-weiten Umsatzes. Laut einer Befragung des IfD Allensbach haben im vergangenen Jahr rund zwei Drittel der Bundesbürger ab 14 Jahren zumindest gelegentlich Musikveranstaltungen besucht – einige davon sicherlich auch die „Grand National Tour“ von Kendrick Lamar und SZA. Die zwei US-Künstler spielten im Rahmen ihrer Welttournee eine Show in Köln und zwei in Frankfurt, insgesamt traten sie 47-mal zusammen auf. Mit einem Einspielergebnis von fast 359 Millionen Dollar landeten sie im vergangenen Jahr auf Platz vier der umsatzstärksten Musiktourneen weltweit, getoppt wurden sie nur von Coldplay, Oasis und Beyoncé – die aber allesamt keine Konzerte in Deutschland gaben.

Top-Liste: Wie geht es uns denn?

Vier von zehn Senioren in der EU schätzten ihren eigenen Gesundheitszustand im Jahr 2024 als sehr gut oder gut ein. Besonders fit fühlen sich die über 65-jährigen Iren: Rund 60 Prozent der Insulaner in dieser Altersgruppe betrachteten sich als gesund. Anders die Bundesbürger: Nur gut ein Drittel der Älteren gab an, wohlauf zu sein. Ähnliche Werte erreichen Slowenen und Zyprioten. Ein Blick auf die Antworten der Geschlechter zeigt, dass die Senioren in fast allen EU-Staaten ihren Gesundheitszustand häufiger als gut oder sehr gut beurteilen, als es die Seniorinnen tun. Lediglich in Luxemburg und Irland ist es andersherum, auch wenn die Abstände nur gering sind.

Fit im Alter

So viel Prozent der über 65-Jährigen in der EU schätzten im Jahr 2024 ihren eigenen Gesundheitszustand als sehr gut oder gut ein



Quelle: Eurostat
© 2026 IW Medien / iwd